



Verkehrskonzept Hönigsberg beschlossen

Die unbefriedigende Verkehrs- bzw. Parkplatzsituation in Hönigsberg veranlasste die Gemeinde, das Verkehrsplanungsbüro Pilz und Partner zu beauftragen, eine Analyse der Probleme und in weiterer Folge Möglichkeiten zu deren Lösung auszuarbeiten. Als eindeutig sinnvollste Variante wurde im Rahmen einer Bürgerversammlung im Casino Hönigsberg die „Einbahnregelung“ in der Schulstraße und der Neubaugasse gesehen. **Bei der Gemeinderatssitzung am 22. September beantragte der für Wohnen und Verkehr zuständige Gemeinderat Franz Rosenblattl diese Variante (die von allen Fraktionen mitgetragen wurde) zu beschließen.** Damit reagierten die Verantwortlichen auf die – vor allem im Winter – unmöglichen Zustände: Keine zufriedenstellende Schneeräumung da parkende Fahrzeuge dies unmöglich machten, nur streckenweise geräumte Gehsteige, weil die parkenden Autos auf den Gehsteigen standen und zuletzt war es in der Schulstraße nicht mehr möglich durchzufahren, ohne wegen dem Gegenverkehr auszuweichen. Die zweite



Variante wäre ohne Einbahnregelung gewesen, hätte aber auf Grund der eingeplanten „Ausweichen“ den Verlust von Parkplätzen bedeutet und wurde daher schon im Vorfeld verworfen.

Aus der Studie der Planungsfirma:

Die zentrale Zielsetzung der Untersuchung erfasst die Optimierung der Verkehrsströme zum südlich gelegenen Kindergarten / zur Volksschule, inklusive (bestmöglicher) Aufrechterhaltung der im gesamten Siedlungsgebiet vorhandenen Kfz- Stellplätze (Parkstreifen resp. Senkrechtparkplätze) sowie der Optimierung der bestehenden fußläufigen Anbindungen im Bereich.

Auf Grundlage der Ergebnisse aus den verkehrstechnischen Erhebungen (Verkehrsdatenerfassungen, Knotenstromzählungen) sowie anhand der analysierten örtlichen Gegebenheiten im Bestand ergeben sich zwei grundlegende Varianten – jeweils bei bestmöglicher Wahrung der

vorhandenen Parkstreifen resp. Senkrechtparkplätze – hinsichtlich einer möglichen verkehrstechnischen resp. straßenpolizeilichen Verkehrsraumneugestaltung für den Bereich Schulstraße / Neubaugasse.



Schulstraße, Neubaugasse:

Richtungsgebundene Verkehrsführung

Als grundlegende erste Variante wird im Verlauf der Neubaugasse sowie der Schulstraße eine richtungsgebundene Verkehrsführung (Einbahnregelung) vorgeschlagen.

Dabei ergäbe sich die richtungsgebundene Verkehrsführung wie folgt:

◆ **Schulstraße:** Einbahnregelung, beginnend vom Kreuzungsbereich L 118 / Schulstraße nach Süden bis zum Kreuzungsbereich Schulstraße / Kurze Gasse;

◆ **Schulstraße, Teilabschnitt zwischen Kurzer Gasse und Feldgasse:** Die Verkehrsführung bleibt in beiden Fahrrichtungen aufrecht.

◆ **Neubaugasse:** Einbahnregelung, beginnend vom Kreuzungsbereich Neubaugasse / Kurze Gasse nach Norden bis zum Einbindungsbereich Neubaugasse / Nördliche Ringzufahrt – der nördliche Teilabschnitt zwischen der Einbindung in die L 118 und der nördlichen Ringzufahrt bleibt wg. des Parkplatzareals für beide Fahrrichtungen aufrecht;

◆ **Neubaugasse – Ring:** Einbahnregelung, beginnend vom Einbindungsbereich Nördliche Ringzufahrt / Parkplatzareal (bis zum Parkplatzareal beide Fahrrichtungen) bis zum Einbindungsbereich Neubaugasse / Südliche Ringzufahrt;

Kommentar

Franz Rosenblattl



Vor einem halben Jahr wurden in Mürzzuschlag die Karten neu gemischt, die Gemeinderatswahl brachte Einiges an Überraschungen. Vor allem der Zugewinn der FPÖ (4 Mandate) schien auf Grund der sich durch die Asylproblematik zuspitzenden politischen Lage in Österreich vorhersehbar, jedoch nie in diesem Ausmaß. Auch für die KPÖ Mürzzuschlag gab es einen erfreulichen Mandatsgewinn bei gleichzeitigem Verlust von 3 SPÖ- und 2 ÖVP Mandaten, während die Grünen bei dem einen Mandat geblieben sind. Im Endeffekt bedeutete dieses Wahlergebnis den Verlust der absoluten Mehrheit der SPÖ, die sich nunmehr immer wieder Mehrheiten suchen und darüber hinaus sogar Abstimmungsniederlagen in Kauf nehmen muss. Dies ist eine neue Qualität der politischen Arbeit in Mürzzuschlag.

Demokratiepolitisch sehe ich in dieser Situation eindeutig einen Fortschritt. Personell wechselten einige Verantwortlichkeiten von der SPÖ zu anderen Parteien. So zum Beispiel der Schul- und der Umweltausschuss zu den beiden freiheitlichen Stadträten. Auch die KPÖ hat Verantwortung übernommen. Ich wurde einstimmig zum Wohnungsreferenten gewählt und weiters zum Vorsitzenden des wiederinstallierten Ausschusses „Wohnen und Verkehr“ bestimmt.

Wenn auch die finanzielle Lage der Gemeinde zur Zeit keine großen Sprünge zulässt, so gibt es doch auch einige Fortschritte im neuen Referat. So wird gerade ein Projekt im Land Steiermark eingereicht, um Bürgerinnen und Bürger bei Mietrückständen beraten und begleiten zu können. Damit soll eine nachhaltige Wirkung wie eine mittel- und langfristige Schuldenfreiheit erzielt werden. Gleichzeitig sollen die Mietrückstände auf ein erträgliches Maß gesenkt werden. Eine weitere Zielsetzung des Projekts ist die Vermittlung bei Nachbarschaftsstreitigkeiten und Konflikten.

Größte Bedeutung messe ich der Bereitstellung von günstigem und erschwinglichem Wohnraum bei. Vor allem größere Familien brauchen diesen. Es werden vermehrt kleinste und kleine Wohnungen günstig zusammengestellt, um damit den Bedarf der Familien decken zu können.

Seit ich diese Funktion bekleide, gibt es auch wieder die monatlichen Wohnungssprechtage auf der Gemeinde. Hier können Sie mir ihre Wünsche, Anregungen und Beschwerden vorbringen. Ich kann ihnen nicht versprechen, dass alles in Erfüllung geht. Aber dass ihr Anliegen ernst genommen wird, dafür verbürge ich mich.

Ihr Franz Rosenblattl

Die KPÖ im Gemeinderat ...

Sitzung 16. April: Konstituierende Gemeinderatssitzung

Die KPÖ Gemeinderäte Rosenblattl, Kern und Sommersguter wurden angelobt. Mit ihren Stimmen wurden alle Stadträte, der Bürgermeister und die beiden Vizebürgermeister gewählt. Somit hat die KPÖ auch diesmal den Wählerwillen respektiert und sich für keinerlei Postenschacherei zur Verfügung gestellt. Franz Rosenblattl bedankte sich bei den Wählern und versprach getreu dem Wahlkampf den Prinzipien der KPÖ treu zu bleiben: „Andererseits wollen und müssen wir auf Grund des Wahlergebnisses Verantwortung übernehmen. Dies nicht zu tun, dafür aber weiterhin eine fundamentalistische Oppositionsrolle einzunehmen, würde unseren Ansprüchen nicht gerecht werden. Wir sind ja angetreten mit dem Slogan „Gutes“ zu bewahren und „Schlechtes“ zu verbessern. Dazu haben wir jetzt mehr Möglichkeiten als bisher.“

Wer regiert nun in Mürzzuschlag?

Die Mürzzuschlager Stadtregierung besteht lediglich aus Vertretern der SPÖ und der FPÖ – somit kann es keine rot-rote Koalition geben, sondern lediglich eine Zusammenarbeit mit der SPÖ auf Augenhöhe. Aber wenn es notwendig sein sollte, werden wir uns auch „dem freien Spiel der Kräfte“ nicht verschließen.

Eine unserer wichtigsten Forderungen bei den vergangenen Gesprächen war diejenige, dass ab sofort alle Stadtratsmitglieder auch eine Aufgabe – sprich einen Ausschussvorsitz erhalten. Darüber hinaus wurde eine weitere Forderung von uns, jene nach Wiedereinführung eines Wohnungsausschusses erfüllt. Mehr noch, es wurde uns die Funktion eines Wohnungsreferenten sowie der Ausschuss „Wohnen-Verkehr“ angeboten. Der finanzielle Spielraum ist allerdings nicht allzu groß. Aber viele Probleme, gerade am Wohnungssektor, erfordern ja oftmals nur eine andere Herangehensweise, eine andere Art, wie man Mieter informiert und ihnen begegnet oder eine Vermeidung zweifelhafter und intransparenter Betriebskostenabrechnungen. Hier ist Handlungsbedarf und wir wollen den Versuch wagen, hier Einiges zu ändern. Wir hoffen auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit in den nächsten fünf Jahren, getragen von gegenseitigem Respekt und Akzeptanz, mit dem Willen, gemeinsam etwas zu erreichen.



Die KPÖ im Gemeinderat...

Sitzung 5.Mai Alle Ausschüsse einstimmig beschlossen

Die erste „normale“ Gemeinderatssitzung diente dazu, dass sich die Fach- und Verwaltungsausschüsse konstituieren, eine/n Vorsitzende/n, deren Stellvertreter und einen Schriftführer/in wählen. Das Ansinnen der SPÖ, einige Ausschüsse zusammenzulegen, wurde von den anderen Parteien abgelehnt. Die Anzahl der Mitglieder wurde mit 6 stimmberechtigten Gemeinderät/innen festgelegt. In der Regel bestehen diese aus 3 SP, 2 FP und einem KP Mandatar (Ausnahme Jugendausschuss, KP 2 Sitze).

Fachausschüsse	Vorsitzende/r	KPÖ Vertreter/in
Bau-Stadtplanung	Rudischer SP	Rosenblattl
Finanzen	Baumer SP	Rosenblattl
Schulen, Kindergärten.	Meißl.FP	Kern
Jugend	Pretterhofer SP	Sommersguter, Kern
Soziales	Haghofer SP	Kern
Sport, Gesundheit	Pimeshofer SP	Sommersguter
Umwelt, Forst, Landw.	Hüttenegger FP	Kern
Wohnen und Verkehr	Rosenblattl KP	Rosenblattl

Verwaltungsausschüsse

Stadtwerke	Rudischer SP	Rosenblattl
Mürz Agentur & Kultur	Horvath SP	Rosenblattl
Prüfungsausschuss	Schmalix G	Sommersguter
Personalkommission	Rudischer SP	Keinen Anspruch

Neben kleineren Verschiebungen in den Kompetenzen der Ausschüsse gibt es endlich wieder einen Ausschuss, der sich mit Wohnen und Verkehr beschäftigt. Darüber hinaus wurden zwei Ausschüsse „eingespart“ (Familien, Frauen und Gesundheit wurde aufgeteilt, Kultur wurde mit der Mürz Agentur zusammengelegt).

Der Prüfungsausschuss wurde auf Antrag der KPÖ auf je eine(n) Vertreter pro Fraktion gekürzt.

30.Juni: Budget 2015 beschlossen und historische Abstimmungsniederlage

Zebrastreifen Hönigsberg

Sandra Kern richtete an den Bgm die Anfrage warum es in Hönigsberg im Bereich der Bushaltestellen Phönixgasse und Birkengasse keine Fußgängerübergänge gibt und was die Gemeinde unternimmt, um dies durchzusetzen. Bgm Rudischer erklärte dazu, dass die BH zuständig sei und diese sich auf die geringe Frequenz berufe. (Anmerkung der Redaktion:



Muss wirklich erst etwas passieren, bis man reagiert oder wäre es nicht viel besser die Herrschaften wachzurütteln?

Müllproblem Gartensiedlung Schulstraße

Die zweite Anfrage von GR Kern betraf die Kleingartensiedlung Schulstraße. Immer wieder kommt es vor, dass einzelne Nutzer der Kleingärten ihren Müll in den Containern der Wohnungsmieter entsorgen. Diese sind dann überfüllt und das schafft Unmut. Die Frage wäre, ob man nicht für die Gartensiedlung eigene Container aufstellen kann. Bgm Rudischer sicherte zu, mit dem Eigentümer (SAG) sowie den Nutzern Gespräche aufzunehmen.

Licht im Parkhaus

GR Sommersguter richtete die Anfrage an den Bgm, warum in den zwei oberen Parkdecks die Beleuchtung deaktiviert, bzw defekt ist. Bgm Rudischer meinte dazu, dass es ein Defekt sein muss und er sich darum kümmert.

Bankerl am Bahnhof

Die zweite Frage von GR Sommersguter betraf die vor kurzem entfernten Sitzbänke am Bahnhofvorplatz. Diese würden nicht nur von Taxilenkern und deren Fahrgästen benützt sondern auch von ankommenden Reisenden. Bgm Rudischer versprach sich um die Bankerl zu kümmern. (Anm. der Red. Mittlerweile stehen sie wieder, Danke!)



Hochsommerliche Temperaturen und hitzige Debatten im Sitzungssaal der Gemeinde

Budget beschlossen

Durch die Gemeindefusion gab es nicht wie üblich im Dezember 2014 den Voranschlag für das heurige Jahr, sondern eine Fortschreibung des Budgets von 2014. Nunmehr musste durch den neuen Gemeinderat für den Rest des Jahres der Haushaltsvoranschlag beschlossen werden, es waren ja alle Vereinssubventionen und viele sonstige Leistungen der Gemeinde wegen fehlendem Budget blockiert. Während die SPÖ, die Grünen und die KPÖ dem Budget ihre Zustimmung gaben, stimmten die FPÖ und die ÖVP dagegen. Somit gab es für das zweite Halbjahr ein Budget und in Folge die dringenden Subventionen und Zuwendungen.

Historische Abstimmungsniederlage der SP

Bei der Abstimmung eines dringlichen Antrages der FP bezüglich einer umfassenden Prüfung des Sozialhilfverbandes Bruck-Mürzzuschlag, erlitt die SP-Fraktion eine völlige Abstimmungsniederlage. Dies ist erstmalig in der Geschichte des Mürzer Gemeinderates passiert und hat hoffentlich zur Folge, dass ein Umdenken in demokratiepolitischen Fragen unumgänglich ist, ansonsten könnte dies in Zukunft öfters der Fall sein.

Die KPÖ im Gemeinderat...

Sitzung 22. September Verkehrskonzept Hönigsberg beschlossen

Bei der Gemeinderatssitzung am 22. September gab es zuerst die Angelobung eines neuen Gemeinderates. Friedrich Scheikl von der FP folgt Birgit Bauernhofer, die ihr Mandat zurückgelegt hat. Für die KPÖ war der Tagesordnungspunkt über die Umsetzung des Verkehrskonzeptes Hönigsberg der Höhepunkt der Sitzung. Wir berichten auf Seite 1 uns 8. In der Fragestunde gab es wieder Anfragen an den Bürgermeister.

Gartenanlage Schulstraße

KP Gemeinderätin Sandra Kern richtete die Anfrage an den Bgm., wann nun die Nutzer der SAG- Gartenanlage in der Schulstraße mit der Genehmigung ihrer Gartenhütten rechnen dürfen. Bgm. Rudischer meinte dazu, dass die Eigentümer (SAG) dies in die Wege leiten sollen und dann könne jeder Gartenbesitzer bei der Gemeinde eine Baubewilligung anfordern. Da es sich um eine Anlage ohne Hochwassergefährdung handelt, wird dies auch ohne große Probleme abgewickelt werden.

Bahnhof Hönigsberg

Die zweite Anfrage von GR Kern betraf die ÖBB Haltestelle Hönigsberg. Gerüchten zufolge will die ÖBB die Haltestelle auflassen. Da dies für Hönigsberg unzumutbar wäre, forderte sie den Bürgermeister auf, der Sache nachzugehen. Bgm Rudischer meinte dazu, dass es tatsächlich Überlegungen bei der ÖBB gibt und sie eine Erhebung über den Bedarf durchführen will. *(Anmerkung der Redaktion: Wenn die Gemeinde nicht sofort handelt, kann es zu spät sein.)*



Droht das „Aus“ für die Haltestelle Hönigsberg?

Kein schöner Anblick - Mariazellerstraße

GR Rosenblattl stellte fest: „Die nördliche Ortseinfahrt von Mürzzuschlag wird durch zwei verwahrloste Grundstücke nicht gerade aufgewertet. Da in den verfallenen Häusern niemand mehr lebt, wäre es von Interesse, an die Erben heranzutreten und mit ihnen darüber zu sprechen, welche Absichten hier bestehen. Meine Frage wäre: wurde schon Kontakt aufgenommen und wenn ja, was war das Ergebnis?“ Der Bgm versprach, sich darum zu kümmern.

Schilift Auersbach

GR Sommersguter richtete eine Anfrage bezüglich des Schilifts auf der Lapuschwiese in Auersbach. Dieser Lift erfüllt noch die technischen Voraussetzungen um in Betrieb gehen zu können. Mürzzuschlag als Wiege des Wintersports

hatte in den letzten Wintern keinen Schilift mehr. Dieser Zustand ist unmöglich. Wer kann sich schon leisten, tagtäglich nach Spital zu fahren? Früher konnte man die Kinder alleine zur Lapuschwiese oder zur Maierhoferwiese schicken. Seit der „Schlaue Fuchs“ den Liftbetrieb eingestellt hat, schaut es traurig aus. Ist heuer schon mit dem Liftbetreiber gesprochen worden, ob er nicht wieder in Betrieb gehen will? Sportreferent Pimeshofer meinte dazu: „Ja, ich habe schon mit ihm gesprochen und er hat gemeint, dass der Betrieb bei guter Schneelage aufgenommen wird...“



Eislaufplatz

Die zweite Frage betraf den nicht vorhandenen Eislaufplatz. Die Vorgeschichte: Seit vielen Jahren wurde vergebens eine Eislaufplatzlösung angestrebt. Zuerst scheiterte es daran, dass der Eislaufplatz, der in der städtischen Sportanlage schon seit Jahrzehnten bestand, auf dem Trainingsplatz der Fussballer war und dies in Widerspruch zu den Interessen der Kicker stand, konnten sie ja den Platz im Frühjahr erst relativ spät wieder benützen. Dann wurde im Sportplatznahbereich eine private Wiese angemietet. Diese Lösung war eine reine Improvisation und war zum Scheitern verurteilt. Als nächstes kamen helle Köpfe auf die Idee, die Flächen beim Sportzentrum zu nützen. Pech war nur, dass unter dem Eis ein Kunststoffbelag war und die Sonneneinstrahlung bei der „Waldandacht“ tagsüber eine relativ große ist. Container, Banden und Zubehör wurden angeschafft. Allein – das Wetter wollte nicht. Auch die Bürger/innen wollten nicht. Der Eislaufplatz wurde nicht angenommen. Nun verkauft die Gemeinde die Banden und die Umkleidecontainer. Das ist die Vorgeschichte. Die Frage von KPÖ-GR Sommersguter war: Seit Jahren gibt es die Idee, am Stadtplatz einen Teil als Eislaufplatz zu verwenden. Es gibt heutzutage Möglichkeiten ohne eine teure Kunsteisbahn, mit Hilfe von speziellen Kunststoffplatten, Eis zu laufen. Wie hoch wären die Kosten für diesen Eislaufplatz und wie weit könnte man die seinerzeit teuer angeschaffte Infrastruktur nützen?“ Die Antwort von Sportreferent Pimeshofer war: „Im nächsten Sportausschuss werden wir berichten...“

FP fordert Schulstartgeld

Dringliche Anträge gab es bei dieser GR Sitzung auch. Wie immer erst ein paar Stunden vor Beginn der Sitzung und obwohl schon mehrmals vereinbart wurde, dass dringliche Anträge im Voraus den anderen Fraktionen zur Beratung vorgelegt werden sollen. Es ist ja unfair, wenn man dringlichen

Anträgen zustimmen soll, ohne diese vorher beraten zu können. Da diese Vorgangsweise vor allem von der FP und den Grünen praktiziert wird, unterstellen wir ihnen diesbezüglich eine populistische Absicht. Als nächstes kommen dann Anträge gegen Haarausfall und Schlechtwetter, so geht es nicht! Konkret zum Antrag wegen Zuerkennung eines Schulstartgeldes. GR Rosenblattl dazu: „Natürlich unterstützt die KPÖ diese Forderung, aber nur nach Bedürftigkeit gestaffelt und nicht nach dem Giesskannenprinzip: Ein Kind einer alleinerziehenden Handelsangestellten könnte notwendiger Hilfe brauchen als das Kind eines Bundesrates und Vizebürgermeisters. Der hat es wohl nicht nötig. Daher treten wir in Zeiten wie „diesen“ für eine Förderung nach Bedürftigkeit ein. Dieser Antrag wurde dem zuständigen Ausschuss zur Beratung zugewiesen.

Attraktivierung Vivax

Der nächste dringliche FP-Antrag nach dem gleichen Prinzip – wer ist schon gegen wärmeres Wasser im Kinderbecken, gegen attraktive Rutschen, gegen ein Freibad beim Hallenbad und so weiter? Es müsste wirklich attraktiver gestaltet werden und billiger sollte es auch sein... nur wir glauben nicht ans Christkind. Es soll oder besser muss ja von jemand bezahlt werden. Seriöse Politik macht man nicht mit einer Facebook- Umfrage. Die Wünsche der BürgerInnen mögen durchaus legitim sein, doch sollten auch die Antworten darauf plausibel sein. Wenn ich für das Mürzer Hallenbad gerne 30 Grad Wassertemperatur hätte, aber zugleich eine Trainingsmöglichkeit für den örtlichen Schwimmverein haben will (und das bei begrenzten Finanzmitteln) so bräuchten wir halt lediglich nur ein zweites Hallenbad bauen. Im Ernst: So funktioniert realistische Politik nicht, was aber heute zu Tage anscheinend wenig bis keine Rolle spielt.

Dieser Antrag wurde dem zuständigen Ausschuss zur Beratung zugewiesen. Der nächste nicht. Er wurde von allen anderen Parteien abgelehnt...

Es handelt sich um einen Antrag gegen das Durchgriffsrecht des Bundes in der Asylfrage.

„Nein zum Durchgriffsrecht des Bundes zur Unterbringung von Asylwerbern!“

So lautet die Überschrift eines Antrags, der von der FP in vielen Gemeinden gestellt wurde. Das sogenannte Durchgriffsrecht in der Asylfrage ermöglicht dem Bund gegenüber Ländern und Gemeinden, die sich bisher – aus ihrer Sicht heraus erfolgreich – gegen die Unterbringung von Flüchtlingen gewehrt haben, ohne deren Zustimmung Flüchtlinge zuzuweisen. Demokratiepolitisch ist dies eher zweifelhaft, hebt es ja Rechte der Gemeinden und Länder gleichzeitig aus. Allerdings handelt es sich um eine Notlage, die hoffentlich zeitlich begrenzt ist. Tatsächlich gibt es noch immer relativ viele Gemeinden die keinen einzigen Flüchtling beherbergen und dafür andere, die ihre Quoten mehr als erfüllen. Nicht nur von daher ist dieser dringliche Antrag abzulehnen, da ja Mürzzuschlag diese Quote erfüllt, während einige Gemeinden in der Nähe bisher noch keinen einzigen Flüchtling beherbergen..

foto jordi bernabeu, flickr.com



Kommentar LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

von KPÖ-LAbg.
Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ wieder im Landtag

DANKE!

Bei der Landtagswahl Ende Mai ist die KPÖ zum dritten Mal in Folge in den steirischen Landtag eingezogen. Dafür bedanke ich mich bei allen, die uns mit ihrer Stimme unterstützt und uns das Vertrauen geschenkt haben.

Für die Steiermark bedeutet das Ergebnis der Landtagswahl nichts Gutes. Die Fortführung der „Reformpartnerschaft“ heißt, dass drastische Einschnitte bei den steirischen Spitälern bevorstehen. Es wird auch weitere Kürzungen im Sozialbereich und bei der Kultur geben.

Statt neuer Kürzungspakete müsste die Landesregierung durchsetzen, was die Steiermark am dringendsten braucht: Arbeitsplätze, Armutsbekämpfung, Investitio-

nen in Gesundheit, Bildung und Pflege.

Die steirische KPÖ steht auch nach der Wahl dazu, wofür sie in den letzten Jahren gekämpft hat:

- Für eine Sozialpolitik, die allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.
- Für ein Bildungssystem, das kein Kind ausschließt.
- Für ein Altern in Würde.
- Für ein Gesundheitssystem, das allen offensteht, unabhängig von sozialem Status und Wohnort.
- Für eine Budgetpolitik, die nicht von EU und Banken diktiert wird, sondern die Arbeit und Einkommen schafft.



Die teuren Flüchtlinge

Die wirklich teuren Flüchtlinge, das sind nicht die, die vor Krieg und Terror fliehen. Die wirklich teuren, das sind die **Steuerflüchtlinge**, das sind die Konzerne und reichsten Familien, die mit tausend Tricks die öffentliche Hand in Deutschland und in Österreich jedes Jahr um bis zu 100 Milliarden Euro prellen.

Die Regierung soll für eine ordentliche Besteuerung der großen Vermögen sorgen und für Steuerflüchtlinge die Grenzen dicht machen, statt die Kosten, die auf uns zukommen, ausgerechnet auf den Teil der Bevölkerung abzuwälzen, der durch ihre Politik schon in den letzten Jahren ständig an Wohlstand verloren hat.

Ein halbes Jahr nach der Wahl: Wir fragen – sie antworten...

Wir führten mit den neu gewählten Gemeinderäten der Mürzer KPÖ ein Interview. Dabei sollen erste Eindrücke und Erfahrungen genauso zur Sprache kommen, wie Standpunkte zu diversen Themen.

MHM: Ihr beide, Sandra Kern und Stefan Sommersguter, seid neu in den Gemeinderat gewählt worden, wie geht es euch mit eurer Funktion?



*Sandra: Sehr gut! Es ist eine große Ehre für die KPÖ im Gemeinderat zu sein. Ich bin zwar noch etwas schüchtern, aber es hält mich nicht ab, meine Meinung zu äußern.
Stefan: „Für mich war es quasi ein „Eintauchen“ in eine neue Welt. Umso mehr ich mich einlebe, desto größer wird die Freude an dieser Funktion. Man lernt Leute und Situationen kennen,*

Positives wie Negatives. Ich habe meine Entscheidung mich zur Wahl aufstellen zu lassen nicht bereut.“

MHM: Franz, du hast ja nunmehr eine Aufgabe auf der Gemeinde erhalten, wie geht es dir dabei?

Franz: Nun ja, ich wurde einstimmig zum Wohnungsreferenten gewählt und bin Obmann des Fachausschusses Wohnen und Verkehr. Ich habe eine relativ große Verantwortung übernommen und versuche diese auch gewissenhaft wahrzunehmen. Was aber nicht immer leicht und angenehm ist. Trotzdem habe ich in den paar Monaten meiner Tätigkeit schon einiges „Nettes“ aber auch „Unangenehmes“ erfahren. Vor allem aber sehe ich mich darin bestätigt, dass die Abschaffung des Wohnungsausschusses 2010 ein großer Fehler war. Diesen zu reparieren braucht Zeit.

MHM: Sandra, was hast du bisher konkret im Gemeinderat gemacht?

Sandra: Ich hab schon mehrfach Anliegen der Hönigsberger Bevölkerung in den Fragestunden zur Sprache gebracht. So z.B. wegen der Gartenhütten in der Schulstraße, Parkproblemen und den fehlenden Zebrastreifen bei den Bushaltestellen Birkengasse und Phönixgasse.

MHM: Stefan, vom Image her bist du hier in Mürz doch eher nicht so als typischer Gemeinderat bekannt. Wie geht es dir in deinem privaten Umfeld mit deiner „neuen“ Rolle?

Stefan: Haha, was ist schon ein typischer Gemeinderat... , meiner Meinung nach sollte sich der Gemeinderat aus einer Vielfalt von Menschen aus verschiedenen Gesellschaftsschichten zusammensetzen, um in allen Richtungen zu arbeiten. Aus meinem Umfeld gibt es nur positives Feedback, schließlich spielt dort Politik eine grosse Rolle und die Ansichten sind meist dieselben.

MHM: Franz, du bist auch für den Verkehr zuständig? Was kannst du und dazu sagen?

Franz: Der Ausschuss Wohnen und Verkehr ist nicht so sehr für den fließenden Verkehr zuständig als für den ruhenden. Aber gerade hier gibt es genug „Baustellen“.

Unsere dringende Forderung nach einem Verkehrskonzept für Hönigsberg ist am weitesten entwickelt. Es wurde auch schon im Gemeinderat beschlossen und wird noch heuer probeweise umgesetzt. Aber auch die Parkplatzsituation im Stadtzentrum ist zum Thema geworden. Da wird es mit Sicherheit nicht so leicht gehen wie in Hönigsberg. Hier prallen Wünsche der Bevölkerung auf Bedürfnisse der Wirtschaft. Ich bin aber zuversichtlich, dass es auch in der Innenstadt eine bessere Lösung gibt als die Bestehende.

MHM: Stefan, du bist ja Obfraustellvertreter im Jugendausschuss. Was hast du da konkret für Vorstellungen?

Stefan: Natürlich möchte ich so viel es geht bewegen, nachhaltiges und sinnvolles für die Jugend schaffen. Aber ich denke in diesem Sinn arbeitet der gesamte Ausschuss. Konkret wird z.B. unter anderem das HOT ein Thema sein, wo ich persönlich Verbesserungsbedarf sehe.

MHM: Franz, du bist jetzt nicht nur Wohnungsreferent sondern auch Fraktionsvorsitzender der KPÖ. Wie ist die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien im Gemeinderat?

Franz: Wir haben keine Koalitionsvereinbarungen abgeschlossen und werden je nach Thema und Problem unsere Entscheidungen treffen. Vor den Karren kann uns niemand spannen, wenngleich wir bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

MHM: Ihr habt aber den SPÖ Spitzenkandidaten zum Bürgermeister gewählt...

Franz: „Nein nicht wir, sondern die Mürzzuschlager/innen haben ein eindeutiges Votum, an Gemeinderatsmandaten, exakt 11 SPÖ, 8 FPÖ, 3 KPÖ, 2 ÖVP und 1 Mandat für die Grünen, abgegeben. Unsere Haltung war immer die, dass die mandatsstärkste Partei den Bürgermeister stellen soll. Wir haben auch die Wahl des 2. Vizebürgermeisters unterstützt, eben deshalb weil für uns der Wille des Wählers und nicht eine Postenschacherei Leitmotiv ist. Darüber hinaus hat Karl Rudischer sofort den Kontakt zu uns gesucht und zu Gesprächen eingeladen. Diese verliefen trotz unterschiedlicher Positionen einigermaßen konstruktiv, so dass es für uns keinen Grund gab, die Verhältnisse, wie sie durch die Wählerschaft bestimmt wurden, umzustößen.

MHM: Also gibt es doch eine rot-rot Koalition in Mürzzuschlag?

Franz: Nein, es gibt keine Koalition im herkömmlichen Sinn. Was es jetzt gibt – und das ist neu – sind Besprechungen der Fraktionsvorsitzenden vor wichtigen Entscheidungen, weiters vier Ausschüsse mit Nicht-SPÖ-Vorsitzenden und eine wesentlich demokratischere Herangehensweise zu wichtigen Themen und Problemen. Insgesamt ist es eine spannende Gemeinderatsperiode- es handelt sich ja tatsächlich um ein freies Spiel der Kräfte. Noch nie war die Opposition in Mürz stärker als jetzt und noch nie hatte sie solche Möglichkeiten, in die Geschicke der Stadt einzugreifen.

MHM: Sandra und Stefan, eure persönlichen Erwartungen für die nächsten 5 Jahre wären...?:

Stefan: Ich hoffe möglichst viel in meiner Zeit als Gemeinderat bewirken zu können.

Sandra: Ich will weiterhin für soziale Gerechtigkeit kämpfen um meine Leitsätze: „Geben statt nehmen“ und: „Helfen statt reden“ umzusetzen zu können.

Franz: Ich wünsche mir vor allem von unserer Fraktion, jene Versprechen die wir vor der Wahl gemacht wurden, einhalten zu können und von den politischen Mitbewerbern mehr Kompromissbereitschaft und weniger Parteibuchdenken. Dann sehe ich eine bessere Zukunft für unsere Gemeinde!



Helpen statt Reden!

SOZIALBERATUNG DER KPÖ

UNABHÄNGIG - VERTRAULICH

Fragen zu Mindestsicherung, Wohnungsproblemen, familiäre Fragen, arbeitsrechtliche und andere Probleme.

Freitag 16. Oktober ab 17.00 Uhr

KPÖ Mürzzuschlag Wienerstrasse 148

Um Wartezeiten zu vermeiden ist telefonische Voranmeldung erforderlich **0650 2710550** oder per Mail:

kpoemuerz@gmail.com

MHM PREISRÄTSEL

WIR GRATULIEREN DEN GEWINNERN VOM MÄRZ

1. Preis: 35 €uro Billa-Gutschein: Elfriede Pock, Mürzzuschlag **2. Preis: 25 € Billa-Gutschein:** Carmen Lachmayer, Hönigsberg **3. Preis je 1 Fläche Red Roots Wein vom Weingut Markowitsch:** Liane Weber, Hönigsberg; Jürgen Sommersguter, Mürzzuschlag; Helmut Pörtl, Mürzzuschlag; Cäcilia Mentl, Mürzzuschlag; Wir bedanken uns bei allen Teilnehmern des Rätsels und gratulieren den Gewinnern!

1	2	3	4	5	I	6		7		8	9	10
↳	↓	↓	↓			11	→	↓	VI		↓	↓
12	→ IX									13		
14	→			15		16		17	→		IV	
18	→			↓		19	→	↓				
20	VII	21	22	→				23	24			25
↳		↓			VIII	26	→	↓	↓			↓
27	28		29	→					30	XI		31
↳	↓					32	→		↓			↓
33			34		35			36		II	37	V
↳			↓		↓			↓		↓		
					38							
39		40	→						41	→		
↳				XII	42	→		III		43	→	

1. aromatisches Heißgetränk
2. Weigerung; Verzicht
3. dünn, zart
4. Sporenpflanze
5. Stauwerk; Schutzanlage
6. Gewichtseinheit
7. englisch: auf, an
8. Heimtücke
9. koffeinhaltiges Kaltgetränk
10. heftig weinen
11. schneidig, energisch
12. Aufmerksamkeit
13. Richterspruch
14. engl. Anrede und Titel
15. edles Tischlermaterial
16. Kanton der Schweiz
17. Drama von Wendekind
18. englische Prinzessin
19. Marineoffiziersrang
20. vorderer Halsteil
21. von dort nach hier
22. Riesenschlange
23. flüssiges Fett
24. Eingang; frz. Vorspeise
25. ständig, dauernd
26. Kinderkrankheit
27. Verhältniswort
28. Stadt, Provinz in Norditalien
29. knabbern
30. befestigtes Hafenufer, Mauer
31. Hochbegabter
32. naseweis, frühreif, altklug
33. alleinstehender Mensch
34. lufförmiger Stoff
35. französisch: Wasser
36. poetisch: Löwe
37. ausführen, verrichten
38. verantwortlich führen
39. Feingebäck
40. kleiner Rhododendron
41. einfarbig
42. großer Nachtvogel
43. Schluss

Das Lösungswort ergibt sich aus den Buchstaben in den römisch nummerierten Feldern. Um beim Gewinnspiel mitzumachen, einfach Lösungswort mit Ihrer Anschrift an KPÖ Mürzzuschlag übermitteln. Via E-Mail: **kpoemuerz@gmail.com** oder an die KPÖ, Wienerstr. 148, 8680 Mürzzuschlag senden bzw in den Briefkasten einwerfen. Einsendeschluss 31.Okt.2015, der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
---	----	-----	----	---	----	-----	------	----	---	----	-----

Name: _____

Strasse: _____

Wohnort: _____

Telefon: _____

Verkehrsproblem Hönigsberg

Fortsetzung von Seite 1

◆ *Sportgasse, Kurze Gasse: Im Verlauf beider Gemeindestraßen bleibt die Verkehrsführung in beiden Fahrrichtungen weiterhin aufrecht. Die zentralen Vorteile einer richtungsgebundenen Verkehrsführung nach angeführtem Ablauf sind dabei wie folgt zu nennen:*

Aufgrund der örtlich vorhandenen Parkstreifen sowohl im Verlauf der Schulstraße wie auch der Neubaugasse – und der dahingehend verringerten Fahrbahnbreite – war bislang lediglich eine eingeschränkte Begegnung zwischen mehrspurigen Kfz möglich. Infolge nicht länger auftretender Begegnungsfälle zwischen Kfz können die Fahrbahnbereiche sowohl entlang der Neubaugasse wie auch der Schulstraße entsprechend dem zukünftig richtungsgebundenen Verkehr an den aktuellen Stand der Technik angepasst werden; dabei werden sowohl die Fahrgassen wie auch die Parkstreifen und Gehsteige (d.h. der gesamte Regelquerschnitt) verkehrstechnisch optimiert.

◆ *In Anbetracht der analysierten Verkehrsbelastung vor Ort würde eine zukünftige richtungsgebundene Kanalisierung der Verkehrsströme entlang der beiden zentralen Nord-Süd-Verbindungen zu keiner (wesentlichen) gesamtheitlichen Veränderung der örtlichen Verkehrssituation führen, da sich infolge der annähernd gleichen Verkehrsströme in beiden*

se) bleiben sowohl der Kfz- Stellplatzaufbau wie auch deren Markierungen (mittels Markiersteinen) aufrecht; eine Anpassung ist diesbezüglich nicht erforderlich.

Die Umsetzung der angeführten verkehrstechnischen Maßnahmen führt in Verbindung mit daran angepassten Bodenmarkierungen zu einer Optimierung der verfügbaren Kfz- Stellplätze und damit gesamt gesehen zur einer Maximierung des Kfz- Stellplatzangebots. Um Begegnungsfälle uneingeschränkt zu ermöglichen werden vereinzelt Stellplätze im Bereich der Neubaugasse zw. L 118 und der nördl. Ringzufahrt jedoch aufgelassen sowie einzelne Senkrechtplätze (je nach Einbahnregelung) angepasst.

Dieser Variante wird nun vom Gemeinderat die größte Chance zur effizienten Umsetzung und Lösung des Verkehrsproblems gegeben. Nach einem Jahr soll eine Bestandsaufnahme gemacht und eventuelle Verbesserungen eingearbeitet werden. Nachdem eine Lösung schon seit Jahren versäumt wurde, sollte dieser Variante einmal eine Chance gegeben werden. Die Kosten dafür sind lediglich ein paar Verkehrstafeln sowie Bodenmarkierungen und damit leicht überschaubar.

Wir sehen dies als ersten Schritt zur Lösung eines Problems, auf dass die KPÖ seit Jahren hingewiesen hat.



Fahrrichtungen keine Verschiebungen des Verkehrsaufkommens zwischen den beiden Straßenzügen ergeben.

◆ *Die richtungsgebundene Verkehrsführung optimiert die Verkehrsströme im Verlauf der beiden Kreuzungsbereiche entlang der Landesstraße L 118; vor allem etwaige ausfahrende Fz im (verkehrstechnisch als eher ungünstig zu betrachtenden) Kreuzungsbereich L 118 / Schulstraße würden in die Neubaugasse verlagert.*

◆ *Die Verkehrsführung in beiden Fahrrichtungen entlang der beiden Quergassen Sportgasse sowie Kurze Gasse bleibt weiterhin aufrecht; dadurch bleiben den einzelnen FahrzeuglenkerInnen die jeweiligen Fahrtrichtungswechsellmöglichkeiten sowohl zur L 118 im Norden, zur Zimmersdorfasse im Westen, zur Grabelandgasse im Osten wie auch zum Kindergarten / zur Volksschule im Süden grundlegend erhalten.*

◆ *Die jeweiligen Parkstreifen entlang der Neubaugasse sowie der Schulstraße sind im neuen Einbahnregelungskonzept zukünftig einheitlich zwischen Gehsteig und Fahrgasse situiert; Begegnungskonflikte beim Zu- / Ausfahren zu / aus Parkplätzen resp. beim Queren von FußgängerInnen treten folglich nicht mehr auf.*

◆ *Im Verlauf der Ringstraße (Zufahrt über die Neubaugas-*

Thema: Mürz-Center

Vor ein paar Wochen schloss die deutsche Handelskette „KiK“ ihre Filiale im Mürz-Center. Tatsächlich waren diese Verkaufsflächen, auf denen sich KiK eingemietet hat, von Beginn an nicht als solche genehmigt – sondern als Lagerfläche. Ob die Firma dies gewusst hat oder nicht, ist den Kunden sowie den Angestellten – die jetzt „ohne“ dastehen ziemlich egal. Sie bekommen die Rechnung für Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Interessensgruppen einerseits und andererseits über das „Hinwegsetzen“ und Ignorieren von Bauvorschriften präsentiert.

Unserer Meinung nach hilft es der Innenstadt wenig, wenn im Mürz-Center Geschäftsflächen leer stehen. Die Problematik in der Innenstadt hatte mehrere Ursachen, dies am Einkaufszentrum festzumachen ist völliger Unsinn und geht in die verkehrte Richtung.

Wir halten es aber auch für falsch, den in einer Unterschriftenaktion geforderten Ausbau von 3000 auf 4800 qm Verkaufsfläche zu erlauben, so lang in der Innenstadt immer mehr leere Geschäfte sind. Nur diese 650 qm vom KiK sollten beschlossen werden, da sich die Firmenleitung bereit erklärt hat, sofort nach „Legalisierung“ wieder aufzusperren.

